



Presseinformation

30. September 2014

Pressestelle

Ministerium für
Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen

Telefon 0211 871 2300/2301
Telefax 0211 871 2500

pressestelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Statement Innenminister Ralf Jäger

**zu den Vorfällen in Flüchtlingsunterkünften
des Landes**

**am 30.09.2014
in Düsseldorf**

- Es gilt das gesprochene Wort. -



Anrede,

Die schockierenden Ereignisse in der Flüchtlingsunterkunft Burbach haben uns alle betroffen gemacht. Sie sind menschenverachtend, beschämend und durch nichts zu rechtfertigen.

Ich will mich daher auch heute nochmal ausdrücklich bei den Opfern entschuldigen - Persönlich.

Gleichzeitig sage ich ganz deutlich: Wir dulden keine Gewalt gegen Asylsuchende! Wer Menschen in Not bedroht und schikaniert, muss hart bestraft werden!

Ich versichere: Wir werden die Vorwürfe umfassend aufklären und jedem Verdacht nachgehen! Nicht nur da, wo schon Anzeigen vorliegen, wie etwa in Bad Berleburg oder jetzt auch in Essen. Sondern proaktiv.

Deshalb habe ich dem Landeskriminalamt noch am Sonntag eine zentrale Ermittlungsführung übertragen. Auftrag ist es, alle Unterbringungseinrichtungen des Landes auf gleichgelagerte Sachverhalte zu überprüfen. Nichts, aber auch gar nichts, soll unter den Teppich gekehrt werden.

Was mir dabei ganz wichtig ist: Die bisher in Burbach befragten Bewohner der Unterkunft sind ausgesprochen dankbar dafür, dass sie Gehör finden und ihre Aussagen ernst genommen werden. Für unsere Polizei eine Selbstverständlichkeit, in der jetzigen Situation aber von großer Bedeutung. Niemand soll sich scheuen, Klartext zu sprechen und Übergriffe anzuzeigen. Die Menschen, die in ihrer Heimat Schreckliches erlebt haben, müssen sich darauf verlassen können, dass wir sie schützen.



Nach meinem Gespräch in Burbach bin ich zuversichtlich und erleichtert, dass sie das nötige Vertrauen nicht verloren haben.

Anrede,

Wir müssen alles dafür tun, dass sich Übergriffe, wie sie jetzt bekannt geworden sind, nach Möglichkeit nie wiederholen!

Dazu hat die Bezirksregierung bereits am Wochenende Sofortmaßnahmen getroffen. Das Wichtigste: Der eingesetzte Sicherheitsdienst wurde sofort entlassen.

Ich sage es in aller Deutlichkeit: Das Land kooperiert nicht mit Sicherheitsdiensten, die Kriminelle anheuern!

Künftig - und das ist von European Homecare zugesichert - wird in unseren Landesunterkünften nur noch Sicherheitspersonal beschäftigt, das auf freiwilliger Basis einer Sicherheitsüberprüfung durch Polizei und Verfassungsschutz zustimmt. Dieses Verfahren wird jetzt von der Bezirksregierung auf den Weg gebracht.

Es wird künftig auch keine Kooperation mehr mit Subunternehmen geben. Die von European Homecare beauftragten Sicherheitsunternehmen stellen das Personal ab sofort unmittelbar.

Weitere Einzelheiten zu dem von Arnsberg bereits am Wochenende verkündeten Sieben-Punkte-Sofortprogramm wird Ihnen Herr Bollermann darstellen.

Um sicherzustellen, dass all diese jetzt initiierten Maßnahmen greifen, haben wir das Personal in Arnsberg aufgestockt.



Ab Morgen wird eine Taskforce von zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür sorgen, dass die jetzt in allen Landesunterkünften geltenden Standards eingehalten werden.

Anrede,

wir alle wissen: Die Welt brennt. Der große Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland und Nordrhein-Westfalen stellt alle vor große Herausforderungen. Die Lage ist angespannt, Land und Kommunen setzen alles daran, ihre Unterbringungskapazitäten stetig aufzustocken. Das kostet Mühe und Kraft!

Trotzdem sage ich ganz klar: Auch wenn so viele Menschen nach NRW kommen, dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, dass sie in ihrer Not mehr brauchen als eine Unterkunft. Sie erwarten Hilfe und eine menschenwürdige Betreuung. Und ich betone dabei: Menschenwürdig! Das ist unser Maßstab!